

Die K-Frage der Union

Analyse- und Strategiepapier zur konservativen Erneuerung der CDU/CSU

Angesichts des anhaltenden Rückgangs an Zuspruch und Wählerstimmen für die CDU/CSU und der damit einhergehenden Gefahr den Charakter als Volkspartei zu verlieren, stellt sich die Frage nach dem Grund dieser Entwicklung. Wie konnte die einstmalige rechte, konservative Sammlungsbewegung der Union, die maßgeblich Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes in den vergangenen sechs Jahrzehnten hat und wie keine zweite Partei die politische Geschichte BRD verkörpert und in ihren besten Zeiten bundesweit die absolute Mehrheit errang, in diese Situation kommen?

Wurden die Wahlkampfleiter nicht genügend geprüft, geschult und informiert wie das Produkt CDU zu vermarkten ist? Wie es für jeden Kunden, jeden Bürger, jeden Wähler feil geboten werden kann. Wie das „Produkt CDU“ möglichst austauschbar designed und angeboten werden kann. Oder liegt in all dem selbst das Dilemma. Wir meinen: JA! Und fordern eine Rückkehr zu den Grundsätzen, die die Union stark gemacht haben, die das einigende Dach der Volkspartei waren und bald wieder sein sollten.

Die Union muss der schweigenden Mehrheit im Lande endlich wieder eine Stimme geben und an der Willensbildung im Lande mitwirken. Sie muss sich stark und nicht defensiv präsentieren, vielen heimatlos gewordenen Wählern wieder eine Heimat geben damit wieder satte Mehrheiten erringen. Vor allem muss sie ihrer demokratischen Verantwortung endlich wieder gerecht werden und auch den konservativen, rechten Flügel wieder stärken.

Wir zeigen im Folgenden hinsichtlich zentraler Politikfelder und Themen auf, wo

sich die Union von ihren ursprünglichen Überzeugungen, ihren Mitgliedern, ihren Wählern, wo sie sich vom deutschen Volk und dessen berechtigten, besten Zukunftsinteressen entfernt hat. So steht im Mittelpunkt dieses Papiers der Verlust eines kompletten Wählerreservoirs, der sich jedoch aufgrund der Verfasstheit und des Selbstverständnisses dieser Wählergruppe schleichend vollzogen hat. Alleine dieser Umstand machte es möglich, diese Entwicklung ohne größere Aufschreie zu ziehen. Nun ist die Union jedoch an einem Punkt angelangt, ³⁵ an dem ein „Weiter so“ nicht mehr möglich ist. Sie muss sich entscheiden, ob sie sich als weiteres Angebot im links-liberalen Spektrum mittel- bis langfristig selbst ihrer Daseinsberechtigung berauben will, oder die Umkehr, zurück zu den Wurzeln hin, in eine erfolgreiche Zukunft schaffen will.

Dieses Papier ist daher das Plädoyer für die Wende. Die Wende raus aus dem 30-Prozent-Tal, die Wende hin zu einer zukunftsweisenden, werthaltigen Politik. Das Plädoyer für ein konservatives Profil, das die Union einmal hatte: ihr Grundsatzprogramm. Sie war die konservative Sammlungsbewegung, die mit ihren rechten, ihren christlichen Grundsätzen als Prototyp einer Volkspartei schlechthin beide Konfessionen, alle Schichten, beide Geschlechter, alle Landsmannschaften, Bildungsstände und Altersgruppen unter dem Dach der Union versammeln konnte. Ein Plädoyer aus der Partei heraus. Aus Binnensicht. Wir rufen alle Mitglieder der CDU auf, sich dafür einzusetzen, die Parteiführung nicht zur Ruhe kommen zu lassen, die CDU wieder zu dem zu machen, was sie einmal war.

Konservatives Profil bedeutet keine Rückwärtsgewandtheit, sondern bedeutet ein tragfähiges Fundament für die Zukunft, das keine Luftschlösser für den Moment baut und Spaß und Vergnügen verheißt, hinter dem nur Dekadenz, Zerrüttung und Verschuldung stecken. Eine Politik, ein Programm, das die echte Richtungsentscheidung nicht scheut

anzusprechen und ermöglicht, um die es auch wirklich geht und nicht um Prozentpunkte bei Steuersätzen streitet.

Eine Politik, die Antworten gibt auf die Herausforderungen der 68er-Kulturrevolution und der islamistischen Gefahr. Ein Programm, das zur Umkehr mahnt, und auf das viele Bürger warten. Gerade in heutiger, moderner Zeit der Globalisierung, Relativierung und Nivellierung. Klare Werte und eine verlässliche Ordnung gegen gesellschaftliche Orientierungslosigkeit..

Wir tun dies nicht mit einem detaillierten Regierungsprogramm, welches Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Wir möchten die grundsätzliche Richtung weisen – und das anhand der dafür zentralen Politikfelder: christliches Fundament der Politik, Schöpfung und Kulturlandschaft, Integration, Bildung, Recht und Ordnung, Familie, Wirtschaft, sowie Nation, Innen und Außen. Wir sagen, wo die Herausforderungen liegen, wo die CDU dringenden Handlungsbedarf hat und wie die richtige Antwort darauf zukünftig lauten muss. Will man für Deutschland das Beste und als CDU wieder Erfolge feiern, die absolute Mehrheiten möglich machen.

Dies ist das Programm für eine starke CDU. Für eine schwarze CDU. Für ein starkes, christliches und glückliches Deutschland unter der Führung der CDU. Dies ist das Programm für den Wahlsieg. Das Programm für zukünftigen und langfristigen Erfolg!

Das C

„Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann die Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die gestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer wieder erschließen.“

So lautete der Gründungsauftrag der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg. Und er könnte so ähnlich auch heute lauten. Hedonismus und Marxismus sind eine fatale Beziehung eingegangen und verheißen auf den ersten Blick Spaß, Vergnügen, ein besseres Leben und mehr Freiheit. Doch was sind die mittelfristigen Folgen für das Gemeinwesen und jeden einzelnen?

Diese Fragen zu stellen würde der Union obliegen. Stattdessen bewegt sie sich immer mehr auf die Inhalte der 68er-Bewegung zu. Das christliche Element spielt kaum mehr eine Rolle. Thema wird es höchstens noch, wenn es darum geht, Kritik zu üben. Sei es am Papst wegen innerkirchlicher Entscheidungen oder an Bischof Marx, weil er familienpolitische Grundsätze vertritt, die für die CDU über Jahrzehnte kennzeichnend waren. Die radikal geübte Kritik an den christlichen Kirchen gehört zum vermeintlich guten Ton in Medien und Öffentlichkeit, ohne Rücksicht auf die Anschauung und Befindlichkeit der Mehrheit der Gesellschaft. Gender Mainstreaming etwa, hat seine Ursprünge im Marxismus, ist totalitären Charakters und schränkt die Freiheit radikal ein, auch wenn sie vorgeblich ein mehr an Gerechtigkeit verspricht. Und sie widerspricht christlichen Grundsätzen zutiefst.

Die Tötung ungeborenen Lebens im Mutterleib sowie die Euthanasie am Ende des Lebens sind menschen- und lebensverachtend und widersprechen christlichen Grundsätzen zutiefst.

Ausnahmen dürfen hier nicht zu Entscheidungsgrundlagen werden. Embryonale Stammzellforschung für die sich Kanzlerin Merkel und Ministerin Schavan bei der Verschiebung des Stichtages auf den 1. Mai 2007 so stark gemacht haben ist wissenschaftlich nicht notwendig und relativiert die Tötung von Leben. Und sie widerspricht christlichen Grundsätzen zutiefst.

Die eingetragene Partnerschaft, die so genannte Homo-Ehe ist im Interesse des Staates und seiner Zukunft falsch und unsinnig. Und sie widerspricht christlichen Grundsätzen zutiefst.

Die Abschaffung des Ehegattensplittings gefährdet den besonderen Schutz, den Ehe und Familie genießen sollten und müssen. Und widerspricht damit christlichen Grundsätzen.

Die massive Förderung finanzieller als auch propagandistischer Art von Kinderkrippen für Babys und Kleinstkinder. Dies ist ein klassisches Ziel linker, sozialistischer, marxistischer Politik zur Zerstörung der Keimzelle bourgeoiser Gesellschaften: der Familie.

Die Entfernung von christlichen Grundsätzen und Grundüberzeugungen hat System. Seit der Kulturrevolution Ende der 60er Jahre bekämpfen linke Gruppierungen christliche Werte und damit unsere Ordnung. Leider mit Erfolg. Und, und das ist am meisten zu bedauern inzwischen unter Beihilfe der Union. Zu denken ist an das nicht eingelöste Versprechen der geistig-moralischen Wende, die Homo-Ehe wieder abzuschaffen, die Weigerung den Paragraphen 218 aufzuschnüren oder zumindest das Adoptionsrecht anzugehen, die Förderung der embryonalen Stammzellforschung, die Einrichtung von Krippen die ganz im marxistischen Sinne dazu beitragen, Familien zu zerstören und die Förderung von Gender Mainstreaming, ebenfalls im unionsgeführten Familienministerium unter Ursula von der Leyen.

Dabei könnte gerade das christliche Fundament der Union mit ihren ewigen Wahrheiten als Argumentationsgrundlage hervorragende Dienste leisten und den Wählern, den Bürgern, den dringend benötigten und mehr und mehr gesuchten Halt bieten.

Die Katastrophen des letzten Jahrhunderts gründeten auf gottlosen Ideologien, sei es der braune oder der rote Sozialismus. Dagegen gelang der Aufbau der Bundesrepublik durch die Rahmenbedingungen der CDU-Politik, die sich unter anderem auf die protestantische Arbeitsethik und die katholische Soziallehre gründeten und in den rheinischen Kapitalismus, unsere soziale Marktwirtschaft mündeten. Sie war, ist und bleibt das Erfolgsmodell und muss nicht neu erfunden werden - auch wenn Teile der Union dies meinen.

Diese christliche Grundhaltung stärkt das Verantwortungsbewusstsein, die Solidarität und die Volks - Gemeinschaft im Gegensatz zur sozialistischen Versorgungs-, Neid und Bedienungsmoralität.

Zunehmend wichtig wird die Betonung des „C“ auch angesichts der Herausforderungen durch Zuwanderung, Überfremdung und die Gefahren des Islam. Nur eine selbstbewusste Nation und eine ihres Glaubens und ihrer Werte bewusste Gesellschaft kann demgegenüber bestehen und kann auch nur dann integrieren im eigentlichen Sinne. Das diene allen! Die Antwort für die CDU kann daher nur lauten: keine Anbiederungen hin zu falschen Inhalten und Seiten. Rückkehr zu den christlichen Wurzeln. Diese Politik hat sich bewährt, ist begründet, verlässlich, erfolgreich und muss nicht neu erfunden werden.

Schöpfung und Kulturlandschaft

Nach unserem christlichen Verständnis sind Mensch und Natur Schöpfung Gottes. Sie zu schützen ist unser Auftrag und Herausforderung zugleich. Wir wollen unseren Nachkommen eine Welt bewahren, die auch für sie noch lebenswert ist und ihnen die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung und sozialem Wohlstand gibt. Dazu ist es jedoch notwendig, das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft zu stärken, die Ökonomie ökologischer zu gestalten, da sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht widersprechen müssen. Die Verantwortlichen für Umweltzerstörungen im Großen wie im Kleinen ohne Rücksicht auf Lobbyisten in die Pflicht zu nehmen.

Unsere Umwelt darf nicht weiterhin von wenigen zu Lasten der Allgemeinheit, die die Folgeschäden zu begleichen hat, zerstört werden. Die Folgekosten zukünftiger Umweltzerstörung übersteigen die Kosten des nötigen zeitnahen Umweltschutzes um Weites. Diese kompromisslose Bindung der Verantwortlichen kann nur durch eine Verbesserung der Effizienz und Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Branchen und Länder sowie der Internalisierung externer Kosten und Ökobilanzierung erfolgen. Unternehmen, die dies umsetzen, müssen Anreize für ihr Engagement erhalten und nicht althergebrachte nicht mehr zeitgemäße Industriestrukturen gestützt werden. Die CDU ist die wahre Umweltpartei. Die drei Grundpfeiler der Energiepolitik sind der Preis, die Versorgungssicherheit und die Umweltverträglichkeit. Hieran sollte sich die deutsche Energiepolitik wieder orientieren. Strom aus deutschen Atomkraftwerken ist sicher, CO²-arm und preiswert. Dringend von Nöten ist eine Versachlichung der Debatte und selbstbewusstes Auftreten der CDU, denn ohne eine Verlängerung der Laufzeiten

unserer Atomkraftwerke ist es unmöglich, unsere vereinbarten Klimaziele bis 2020 zu halten bzw. zu erreichen und den Energiepreis auf erträglichem Niveau zu halten. Den durch den Atomausstieg steigenden Abhängigkeiten vom Ausland, wo Strom in unsichereren Atomkraftwerken als in Deutschland produziert wird sowie an der deutschen Grenze neue AKWs gebaut werden, muss gegengesteuert werden. Deutschland muss seine Energieversorgung so unabhängig wie möglich und durch einen heimischen Energiemix gestalten. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Endlagers für Abfälle aus AKWs sowie der medizinischen Atomforschung. Hier war die CDU durch ihr Handeln in der Vergangenheit nicht ehrlich und konsequent (Asse, Konrad). Durch den erzwungenen Atomausstieg werden klimaschädliche Kohlekraftwerke unterstützt. Es wird nichts gewonnen, Probleme werden verschärft und ins Ausland unter fremde Kontrolle verlagert. Trotzdem müssen erneuerbare Energien, insbesondere jene der zweiten Generation im Gegensatz zu Kohlesubventionen weiterhin und verstärkt gefördert werden, wenn wir unseren Wohlstand zum Ende des Zeitalters der fossilen Brennstoffe hin und darüber hinaus bei weltweit steigenden Bevölkerungszahlen halten wollen. Aktuell kann jedoch durch diese allein und ohne Atomkraft der Energiebedarf unseres Landes nicht gedeckt werden. Hierzu ist eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit der europäischen Industrie, Forschung und Umweltpolitik nötig. Deutschland als hoch technisiertes Industrieland und Weltmarktführer bei Innovationen wie Atomkraft und Zukunftsbranchen wie Solartechnologie und Effizienzsteigerung kann von dieser Entwicklung nur profitieren und muss seinen Fortschritt bewahren und ausbauen können. Deshalb muss die Forschung in diesen Branchen verstärkt unterstützt werden und die Atomkraft nicht auf dem Abstellgleis landen. Weltweite Abkommen zum Klimaschutz sowie eine

Nachfolge für das Kyoto-Protokoll müssen erarbeitet und beschlossen werden. Der Klimawandel darf jedoch nicht überbewertet werden, da andere Umweltzerstörungen in naher Zukunft weitaus größere Folgen haben werden. Gerade bei bevölkerungsreichen Schwellenländern lassen sich so gewaltige Zerstörungen der Umwelt eindämmen und verhindern. Trotzdem dürfen sich jene zu schließenden Abkommen nicht auf den direkten Klimaschutz beschränken, sondern müssen die armen Länder, die die Folgen eines hauptsächlich nicht von ihnen vorangetriebenen Klimawandels am stärksten zu spüren bekommen, wirklich und nicht durch hauptsächlich ineffektive Entwicklungshilfe gestützt werden. In diesem Zusammenhang muss China auf Augenhöhe entgegengetreten werden und die Ausbeutung der Menschen durch den chinesischen Agrarkolonialismus in der ganzen Welt gestoppt werden. Parallel zum internationalen muss jedoch gerade das regionale und lokale Handeln, von dem alles andere ausgeht, gestärkt werden sowie die Menschen von früh an für Natur als Grundlage unserer modernen Industriegesellschaft ²⁶⁹ und als Gabe Gottes sensibilisiert werden. Hierzu sind Umweltthemen in größerem Umfang in die Bildungspläne einzubeziehen. Souveräne Verbraucher stärken mit dem Kauf heimischer Produkte die deutsche Landwirtschaft und damit Qualität vor Ort. Geiz- ist- geil- Mentalität schadet langfristig dem deutschen Wirtschaftsstandort und damit auch der gesamten Bevölkerung. Zur Umweltverantwortung gehört auch die Verantwortung gegenüber anderen Lebewesen. Tiere in der Natur müssen vor der Gier des Menschen geschützt werden und Tiere in Gefangenschaft ein lebenswertes Dasein fern von Massentierhaltungen führen können. Hier muss die CDU Unabhängigkeit vor Interessengruppen beweisen um etwa dem verankerten Staatsziel des Tierschutzes im Nachhinein gerecht zu werden.

Zur Bewahrung unserer natürlichen Umgebung müssen der Flächenverbrauch eingedämmt und die heimische Kulturlandschaft gegen Bebauung geschützt und gepflegt werden. Regionale Traditionen und Bräuche, Landschaften und Bauwerke zu pflegen und zu fördern ist die Pflicht eines jeden Bürgers gerade in Zeiten der Globalisierung, Entwurzelung und der Zunahme des Gefühls der Heimatlosigkeit.

Integration

Integration ist die zentrale gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre. Sie scheitert bislang auch zu einem großen Teil daran, dass sich die politischen Verantwortlichen aller Lager nicht einig sind, was Ziel von Integration sein muss. Integration kann sich unseres Erachtens nicht nur auf das Wohnen und Arbeiten in Deutschland beziehen, sondern beinhaltet sowohl die Teilhabe aber auch die Mitarbeit am Gelingen der Gesellschaft.

Besonders die Integration der Muslime stellt sich aufgrund des religiösen und kulturellen Hintergrunds als schwierig dar. Eine Abnahme der Integrationsbemühungen bei der dritten und vierten Einwanderer-Generation belegt das Scheitern der bisherigen Multi-Kulti Strategie. Ein schleichender Rückzug, wie etwa bei der Einführung der Zwei- und Mehrsprachigkeit anstatt der klaren Durchsetzung der deutschen Sprache, ist falsch verstandene Toleranz und schadet letztendlich auch den Migranten, Bürgern mit Migrationshintergrund.

Die Antwort auf eine zunehmende Abkapselung einzelner Zuwanderergruppen, sowie der Ausbildung von Parallelgesellschaften kann kein Rückzug der deutschen Politik auf Raten sein. Genau dies aber bedeutet jedoch die Forderung nach islamischem Religionsunterricht sowie weiterer Zugeständnisse, die weit über das von uns geschätzte hohe Gut der Religionsfreiheit

hinausgehen. Die Antwort muss vielmehr die Rückbesinnung auf eigene Werte sein. Richtlinie der Integration in Deutschland ist die christliche Leitkultur. Hintergrund für fehlende Integrationsbereitschaft junger Muslime ist oftmals fehlender Respekt gegenüber der deutschen Gesellschaft, der so niemals erreicht werden kann.

Hier verfolgt auch die CDU seit einigen Jahren eine falsche Politik, die weder der Gesellschaft, noch den Zuwanderern und letztendlich auch nicht der Partei dienen. Beispielhaft steht dafür der falsche Ansatz des nordrhein-westfälischen Integrationsministers Armin Laschet und der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer. Die CDU muss sich von der sozialistischen Theorie verabschieden, dass muslimischen Parallelgesellschaften, mit all den damit verbunden Gefahren, mit sozialem Wohlstand begegnen ließe.

Die Existenz des Deutsch-Türkischen Forums innerhalb der CDU ist nicht kompatibel mit den Grundsätzen unserer Partei, so lange über die Programmatik der CDU hinausgehende Forderungen, wie etwa eine stärkere Rolle des Islam in Deutschland, erhoben werden. Die Einrichtung eines solchen Forums, die Heranführung ausländischer Mitbürger, begrüßen wir, wenn damit die Politik der CDU gestützt und gestärkt wird. Nicht jedoch um den Preis der Selbstaufgabe.

Ungesteuerte Zuwanderung kann keine Lösung unserer demographischen Probleme sein. Unkontrollierter Zuzug überfordert die Integrationskraft unseres Landes in kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Zudem verursacht sie nicht abzuschätzende Kosten und gefährdet den sozialen Frieden. Deutschland ist kein Einwanderungsland. Die Politik ist aufgerufen, die Einwanderung dahingehend zu steuern, dass nur gut ausgebildete Fachkräfte zuwandern dürfen, die unser Land auch als ihre neue Heimat annehmen und hier gemäß unseren Wertvorstellungen leben und arbeiten wollen. Zuwanderung in die

Sozialsysteme muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Folgen der Überfremdung sind massive Sprachprobleme. Daher ist das Einfordern des Beherrschens der deutschen Sprache unabdingbar. Angebote staatlicherseits sind der richtige Weg, aber im Zuge der Gegenseitigkeit ist auch die Bringschuld der Migranten einzufordern. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist elementar für die Integration. Umgekehrt kann aber selbst die perfekte Beherrschung der deutschen Sprache nicht grundsätzlich als Indiz gelungener Integration angesehen werden.

Ein weiteres großes Problem stellt die so genannte Scheinintegration dar, bei der gute Bildung und die Beherrschung der deutschen Sprache kennzeichnend sind. Die jedoch die Ablehnung, ja gar militante Bekämpfung unserer Demokratie und Werteordnung nur verdecken. Auch als Lehre aus der deutschen Geschichte muss dem aggressiven Antisemitismus muslimischer, besonders arabischstämmiger Zuwanderer strikt begegnet werden. Die jüdisch-christliche Kultur ist wesentlicher und unverrückbarer Teil unserer abendländischen Tradition. Ihr Schutz obliegt dem deutschen Staat in besonderer Weise.

Bildung. Getragen von Werten und Kultur

Bildung kann sich nach unserem Verständnis nicht nur auf bloßes Vermitteln von Faktenwissen beschränken. Vielmehr muss Bildung es zum Ziel haben, individuelle Eigenschaften und Talente herauszubilden und zu fördern. Dabei vertreten wir eine Bildungsauffassung, die junge Menschen dazu anleitet, die auf dem christlichen Glauben fußende Menschenwürde und die durch die christlichen Werte geschaffenen und an ihnen orientierten Menschen- und Grundrechte als elementar für unsere Gesellschaft zu verinnerlichen. Christlicher Glaube und Vernunft bilden die Grundlage der Substanz der deutschen Kultur. Neben Wissen und Werten tritt somit als dritte Säule eines grundlegenden Bildungskanons die Weitergabe der geschichtlich gewachsenen Kultur Deutschlands.

Das Ideal des gebildeten Menschen ist gegründet auf der Kultur des christlichen Abendlandes. Nach diesem Verständnis muss Bildung an sich als Wert verstanden und entsprechend vermittelt werden. Bildung darf nicht nach materiellen Gesichtspunkten definiert werden. Allein die entwickelte Persönlichkeit, gebildet durch die Vermittlung von Wissen, Werte und Kultur sollte Ziel von Bildung sein. Deshalb gehören zu einem aussagekräftigen Zeugnis auch Verhaltens- und Mitarbeitsnoten.

Über den Erfolg von Bildung entscheidet letztlich die Freude an Leistung und Erfolg sowie die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Schülers. Diesen Erfolg befördern kann am geeignetsten das dreigliedrige Schulsystem, da es entsprechend den Fähigkeiten der Schüler organisiert ist. Sogenannte „Gesamtschulen“, egal ob als wiederum in sich selektierende oder als tatsächliche, sind keine Alternativen. Die erste Form der Gesamtschule ist Etikettenschwindel und

letztere, wie groß angelegte Versuche in den 70er und 80er Jahren des 20. Jh. gezeigt haben, erfolglos. An der 68er Kulturrevolution ausgerichtete Bildungs-ideologien dürfen nicht Sachpolitik werden.

Schüler in deutschen Schulen sollten nicht den Eindruck gewinnen, allein Naturwissenschaften würden unterrichtet werden. Zu einem umfassenden Bildungsauftrag gehört daher auch die Aufwertung der musischen Fächer sowie von Geschichte und Gemeinschaftskunde, ein verpflichtender und gewährleistet, 3-stündiger Sportunterricht, Literatur in Deutsch und in den Fremdsprachen, 403 sowie ein Angebot an alten Sprachen. Der an die christlichen Konfessionen gebundene Religionsunterricht ist der einzig legitimierte Religionsunterricht an den Schulen. Nur dieser ist Träger der Werte und Normen unserer Gesellschaft und Kultur. Darüber hinaus muss Schule insgesamt die Bedeutung und den Schutz unserer Freiheitsrechte, die Verpflichtung zur Subsidiarität und eigener Leistung klarer betonen und lehren. Der letztlich erzielte Bildungserfolg muss in bundesweit gültigen Bildungsstandards festgeschrieben sein. Bei der Umsetzung und Erreichung dieser Standards dürfen Schulen, Lehrer und Schüler nicht alleingelassen werden. Die konkrete Benennung von Lernzielen und genauso auch von Lerninhalten ist dabei nicht nur hilfreich, sondern auch geboten.

Mädchen und Jungen müssen die Chance haben, sich zu Frauen und Männern entwickeln zu dürfen. Diese natürliche Entwicklung zu einer geglückten und sinnhaften Persönlichkeit in der Schöpfungsordnung darf nicht durch die Ideologie des „Gender Mainstreaming“ behindert oder ins Gegenteil verkehrt werden. Das natürliche Verhalten von Jungen darf nicht zu einem unerwünschten Verhalten erklärt werden. Wer männliches Verhalten seine Berechtigung und Natürlichkeit abspricht, versündigt sich an der Schöpfung, begünstigt die Erosion unserer Gesellschaft.

Dieser Anspruch an Schule impliziert ein hohes Maß an Engagement und Verantwortung an die Lehrerschaft. Nur gefestigten, die Werte und die Kultur unserer Nation bejahenden Persönlichkeiten kann eine solch wichtige Aufgabe anvertraut werden. Konfessionelle Schulen kann es daher auch nur allein in Trägerschaft der christlichen Kirchen geben. Bei der Verbeamtung von Lehrern ist daher besonderes Augenmerk auf die Werteorientierung und die Persönlichkeit zu legen. Grundsätzlich bedarf es einer von Medien, Politik und Elternschaft in deutlicherem Maße vorgetragene Anerkennung des Lehrerberufes. Zugleich muss aber auch die linke Ideologisierung der Lehrerschaft thematisiert und entschieden zurückgewiesen werden. Auch hier darf die durch die 68er grundgelegte Zerstörung unserer Werte und Kultur nicht weiter stillschweigend hingenommen oder sogar von der Politik befördert werden.

Auch wenn Schule und insbesondere Bildung nie werte-neutral ist, kann und soll sie nicht die Erziehung durch die Familie ersetzen. Ganztagesbetreuungen an Schulen darf nur ein „Kann“ sein und deren Inanspruchnahme muss von konkreten Situationen abhängig sein. Können Eltern die Erziehung aus finanziellen Gründen nicht selbst leisten und kann dann eine Erziehung und Betreuung durch Familie, Verwandte oder Freunde nicht geleistet werden, dann – und nur dann und auf Nachweis – sollten diese Angebote wahrgenommen werden dürfen. Allein der Wille zur Selbstverwirklichung der Eltern darf niemals solche Einrichtungen legitimieren. Zudem darf Schule eine eigene, sinnvolle Freizeitgestaltung nicht unmöglich machen. Deshalb lehnen wir eine Ganztageschule ab. Musik und Sport – ob individuell oder in Vereinen, Freundschaften außerhalb der Schule, ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Gemeinde oder Kirche; all dies muss für Heranwachsende möglich sein, um zu vollen Persönlichkeiten zu

reifen und Talente und Möglichkeiten zu entdecken.

Bildungsinvestitionen in Steine und Menschen dürfen keine Lippenbekenntnisse bleiben. Der erwartete Rückgang der Schülerzahlen muss als Chance genutzt werden. Eine bessere Schüler-Lehrerrelation käme sowohl schwächeren als auch stärkeren Schülern zugute. Auch eine flexiblere Handhabung der Klassengrößen sollte möglich sein. Orientierungsmaßgaben können dabei Schulstandort, soziale Situation in der Klasse, Sprachfertigkeiten der Schüler, das jeweilige Schulfach sein. Dies setzt eine größere Entscheidungsfreiheit der Schulleitungen voraus. Besonders im Interesse der Schüler ist dies aber unerlässlich.

Die Hochschullandschaft Deutschlands war und ist geprägt von einer starken Diversifikation. Fachhochschulen, Berufsakademien und Universitäten boten und bieten verschiedene Möglichkeiten einen Hochschulabschluss zu erlangen. Diese breite Bildungslandschaft mit den international höchst geschätzten Diplomabschlüssen und Staatsexamina waren unbestrittene Stärken des Bildungsstandortes Deutschland. Und auch das Selbstverständnis deutscher Hochschulen, grundgelegt in der Einheit von Forschung und Lehre, war geprägt von Selbstbewusstsein bei Professoren und Studenten. Durch die mangelhafte Umsetzung des Bologna-Prozesses an vielen Universitäten, die eine Verschulung des universitären Lehrgedankens bedeutet, wird dieses Selbstbewusstsein systematisch untergraben und fördert die Zersetzung des Universitätsgedankens als Einrichtung der Vermittlung von „universitas“ – eines umfassenden Gedankens von Bildung. Eine universitäre Ausbildung muss auch weiterhin wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und darf sich nicht primär am Arbeitsmarkt orientieren und schon gar nicht dem Primat betriebswirtschaftlichen Denkens unterwerfen. Nur dann ist ein echter, erstrebenswerter Bildungswettbewerb der

Universitäten untereinander möglich und sinnvoll.

Den Medien erwächst allein durch ihre Verbreitung und den intensiven Konsum von Information und Nachrichten eine herausgehobene Bedeutung. Daraus kommt den Medien eine besondere Verpflichtung zu wahrheitsgemäßer, sachlicher und ideologiefreier Berichterstattung zu. Nicht immer ist eine solch objektive Haltung erkennbar. Es wäre zudem wünschenswert, wenn die Medien sich ihrer aus ihrem Einfluss erwachsenden Verantwortung bewusst würden und somit weniger unterhaltend sondern bildender wirkten. Dies gilt in besonderem Maße für den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk.

Recht und Ordnung

Die deutsche Rechtsordnung und deren Ausgestaltung durch den Gesetzgeber werden durch neue Herausforderungen und gesellschaftliche Veränderung vor wachsende Anforderungen und Aufgaben gestellt. Die Balance zwischen persönlicher Freiheit einerseits und gesetzlichen Normen und Regelungen andererseits muss dabei stets gewahrt sein, um Sicherheit und Ordnung zu garantieren, jedoch nicht um den hohen Preis von Freiheitsverlust. Nur in einer freien Gesellschaft kann der Einzelne sich zu voller Leistung steigern und selbst motivieren.

Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Nur dieser kann jedem Bürger sein persönliches Maximum an Freiheit und Sicherheit garantieren und ist dazu auch verpflichtet. Die Justizgrundrechte, das Verhältnismäßigkeitsgebot und Transparenz sorgen für die Akzeptanz unserer Rechtsordnung beim Bürger.

Damit dies gewährleistet bleibt und weiter ausgebaut wird, sollten mehr Investitionen im Justizbereich getätigt werden: Durch Schaffung von mehr Richterstellen muss

eine kürzere Prozessdauer im Straf- und Zivilverfahren erreicht, die Effektivität des Justizapparates spürbar erhöht werden. Dies ist einerseits bei Straftätern im jugendlichen Alter aus spezialpräventiven Gründen geboten, andererseits im Zivilverfahren für die Akzeptanz des Bürgers wichtig.

Die Rechtsordnung soll Garant der persönlichen Freiheit des Bürgers vor Bedrohungen, aber auch vom Staat sein. Nicht in jeden privaten Lebensbereich sollte durch oder aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden. Juristische und bürokratische Ungetüme, wie das unter rot-grüner Regulierungswut entstandene und von einer unionsgeführten Bundesregierung letztlich verschärfte AGG, müssen ebenso wieder rückgängig gemacht werden. Der Staat muss hier an die Eigenverantwortung der Bürger appellieren und diese wieder stärken. Gesetzliche Verbote dürfen nur ultima ratio zur Bewahrung der Freiheit sein.

Schreckliche und schockierende Ereignisse, in den Medien ausgeschlachtet, lassen schnell den Ruf nach härteren Strafen laut werden. Dies ist jedoch nur bedingt richtig. Neben dem Ausbau von Präventionsmaßnahmen muss das vorhandene Instrumentarium lediglich konsequent umgesetzt werden. Beim Strafrecht etwa muss eine regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts für jugendliche (Gewalt)-Täter erfolgen, wie es vom Gesetzgeber auch vorgesehen ist. Eine Verschärfung des Strafrechts erscheint im Bereich Jugendkriminalität nicht notwendig, da die Regelungen vorhanden sind, jedoch nur angewandt werden müssen. Der Führerscheinentzug sollte als reguläre Strafe bei allen Taten verhängt werden dürfen, nicht nur falls die Tat im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr begangen wurde.

Neue Straftatbestände sind nur dort zu schaffen, wo vorhandene Normen nicht ausreichen. So ist der Besuch von Terror-Camps im In- und Ausland ebenso unter

Strafe zu stellen, wie Zwangsheirat oder etwa weibliche Beschneidung. Hierbei muss dringend eine Enttabuisierung der Diskussion erfolgen, ob etwa Täter nichtdeutscher Herkunft, aber mit deutschem Pass in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) separat erfasst werden sollen. Nur durch offenes Ansprechen der Probleme in der politischen Diskussion sind Brennpunkte und Kriminalitätsschwerpunkte zu lösen. Die Voraussetzungen für eine Abschiebung von Tätern nichtdeutscher Herkunft muss massiv erleichtert und bei der CDU wieder Thema werden.

Der deutsche Staat darf sich nicht aus einer seiner originärsten Aufgaben zurückziehen. Teil- oder Vollprivatisierung des Strafvollzuges aus Kostengründen wird deshalb abgelehnt.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger ist sehr wichtig, Sicherheit ist auch Lebensqualität. Es darf deshalb im öffentlichen Raum keine Plätze geben, die von Bürgern zu Tages- oder Nachtzeiten nicht mehr aufgesucht werden können. Auch muss verhindert werden, dass sich ganze Stadtviertel zu „polizeibefreiten“ Zonen entwickeln. Die Staatsmacht darf hier keine Schwäche zeigen. Die Polizei muss in der Öffentlichkeit mehr Präsenz zeigen, der öffentliche Raum, wo nötig, videoüberwacht (Nahverkehr, Plätze) werden. Mehr und jüngere Polizeikräfte müssen von Bund und Ländern ausgebildet werden, hier darf der Kostenfaktor keine große Rolle spielen.

Polizei und Ermittlungsbehörden müssen im Kampf gegen organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus scharfe Waffen in die Hand gegeben werden. BKA-Gesetz und Vorratsdatenspeicherung sind hier ein richtiger Anfang. Die Rechtsgrundlage für eine Online-Durchsuchung unter Richtervorbehalt und dem Gebot der Verhältnismäßigkeit muss geschaffen werden. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum bleiben. Zumindest auf Seiten, welche in Deutschland gehostet sind, ist auf die Wahrung der straf- und

zivilrechtlichen Normen und die entschlossene Bekämpfung volksverhetzender oder menschenverachtender Inhalte zu achten. Dies kann auch durch zwangsweise Löschung entsprechender Seiten geschehen.

Erkennbar verfassungsfeindliche Vereine und Organisationen, deren Ziel es ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören, müssen schnell verboten und zerschlagen werden. Ein weiterer Versuch zum Verbot der rechtsextremistischen NPD muss unternommen werden. Soweit möglich sind die Funktionsträger schnell auszuweisen. Insbesondere Moscheebauvereine, islamistische-, links- und rechtsextremistische Gruppen und Fraktionen aller Art sind streng zu beobachten.

Hierbei muss die CDU endlich wieder die Meinungsführerschaft in der politischen Diskussion anstreben und erringen, sowie dringend von vermeintlicher politischer Korrektheit befreien, um Probleme gezielt ansprechen und lösen zu können. Polizei und Bundeswehr muss für ihre geleistete Arbeit Anerkennung und Unterstützung in der Öffentlichkeit und vor allem von Seiten der Politik widerfahren.

Familie

Die Familie ist die Keimzelle des Staates. Hier werden die Grundlagen für ein gutes und gesundes Gemeinwesen gelegt. In Sonntagsreden vergisst kaum ein Politiker dies zu erwähnen. Doch die tatsächliche Politik orientiert sich gerade daran nicht - nicht einmal in Programmen. Das CDU-Wahlprogramm, das Grundlage der neuerlichen Stimmenverluste vom 27. September ist, unterschätzte dieses zentrale Politikfeld geradezu fahrlässig. Ist die Familienpolitik doch Lackmustest für die über Jahrzehnte treu zur Union stehende - konservative, christliche - Stammwählerschaft.

Familienpolitik ist zum Stiefkind mutiert. Und wird in der CDU inzwischen von neoliberalen Ansätzen, die die Familienpolitik als Spielball kapitalistischer Forderungen sehen und marxistischen Theorien, die die Zerstörung der Familie als ein Symbol des Bürgertums, als zentrales Ziel benennen und eine Verstaatlichung der Kindererziehung und Betreuung verfolgen, zerrieben. Individualismus und Kapitalismus bedrohen die freiheitliche Familienpolitik konservativer Prägung. Ebenso wie konservative Politik für das Privateigentum eintritt so auch für den privaten Schutzraum der Familie.

Dieser am Arbeitsmarkt auf der einen und radikalen Selbstverwirklichungstheorien auf der anderen Seite orientierten unheilvollen Allianz ist auch die Union Stück für Stück näher gekommen. Mit dem Leitbild einer vorgeblich modernen Familienpolitik steht der Name Ursula von der Leyen beispielhaft für die Zerstörung einer wesentlichen Grundlage der Gesellschaft und der Grundlage der Union als Volkspartei. Dazu mussten auch in den falschen Zusammenhang gesetzte, unvollständige Zahlen und Statistiken, mit denen die Bevölkerung und die Parteibasis der Union in die Irre geführt werden sollten, herhalten.

Seit von der Leyens Arbeit als Familienministerin unterhielt das Ministerium eine Abteilung für *Gender Mainstreaming* (inzwischen unter anderem Namen firmierend), eine marxistische Theorie, die die Unterschiede der Geschlechter negiert. CDU-Landesminister übernehmen die Schirmherrschaft über CSD-Veranstaltungen der Homosexuellen-Lobby. Die CDU leistet sich die LSU, die „weitergehende Rechte Rot-Grün sie verwirklicht hat“ ganz ungeniert in ihr Programm 641 schreiben. So etwa das Adoptionsrecht für homosexuelle Partner.

Diesen Entwicklungen gilt es Einhalt zu gebieten. Den Weg aus diesem Dilemma weist eine konservative Familienpolitik. Das heißt, die Familie als privaten Raum zu respektieren und ihr besonderen

Schutz zukommen zu lassen. Als Ort an dem Solidarität, Nächstenliebe und Verantwortung als grundlegende Tugenden unseres Staatsaufbaus erlernt werden. Zerbricht dieses Fundament, gerät die ganze Gesellschaft, das ganze Land ins Wanken.

Doch nicht nur hinsichtlich der Erwerbstätigkeit der Frauen wurde die Familienpolitik den Forderungen von Kapitalismus und Individualismus untergeordnet.

Auch, und hier wird das Paradoxon dieser neoliberalen und libertären Politik erst deutlich, hinsichtlich des Geburtenrückgangs wurde statt eines Umschwenkens in der Familienpolitik hin zu einer Förderung der Familie nach noch mehr Zuwanderung gerufen. Die Folgen der Überfremdung sind inzwischen stark spürbar. Sie kosten die Gesellschaft nicht nur Milliarden sondern sie gefährden auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Miteinander, die Sicherheit und letztendlich auch den Wohlstand sowie unsere Werteordnung.

Die Weltbevölkerung vervielfacht sich in immer kürzeren Abständen. Auf der anderen Seite sinkt die Geburtenrate in den Industrieländern dramatisch. Die explosionsartige Vermehrung vollzieht sich in den Entwicklungs- und zum Teil Schwellenländern. Die Gesellschaften in den „hochentwickelten“ Ländern verarmen dagegen durch ihr langsames aber stetes Schrumpfen – in jeder Hinsicht.

Fragen der Integration müssen dort angegangen werden, wo sie entstehen und nicht auf dem Feld der Familienpolitik.

Familienpolitik ist nicht nur Grundlage unseres Staatsaufbaus sondern auch anderer wichtiger Politikfelder, sei es das der Wirtschaft oder der Inneren Sicherheit. Die Union muss wieder ihrer Willensbildungsfunktion gerecht werden.

Die Junge Union im Kreis Göppingen fordert die Union auf, folgende Punkte in ihr Programm aufzunehmen und im Regierungshandeln umzusetzen:

Die Union muss zurückkehren zu dem auch im christlichen Sinne einzig richtigen, klaren Familienbegriff. Ehe und Familie genießen wieder besonderen Schutz, alternative Lebensformen werden toleriert, werden jedoch in keiner Weise staatlich anerkannt oder gar gefördert. Klares Bekenntnis zum Ehegattensplitting ist gefordert. Nicht nur bei Spätabtreibungen muss erneut über die erschreckende Entwicklung diskutiert werden. Vielfach ist das Unrechtsbewusstsein abhanden gekommen. Information und Enttabuisierung sollten oberste Priorität genießen.

Keine Tabuisierung des Adoptionsrechts, das bislang aus „Rücksicht“ auf die Abtreibungsfrage unangetastet bleiben musste. Aufklärung über Hintergründe, Folgen, Umstände und Organisationen (z.B. Pro Familia mit irreführendem Namen) aus dem Bereich der „Familienplanung“ und „Gender“ muss erfolgen. Die CDU sollte zu einer größeren Unterstützung der Lebensschutzorganisationen kommen.

Keine staatliche Förderung von Krippenplätzen. Nur dort, wo die gesellschaftliche Struktur die vorhandenen Erziehungs- und Betreuungsaufgaben nicht oder nicht mehr bewältigt, muss der Staat seiner moralischen Pflicht nachkommen, diese wieder zu gewährleisten. Korrespondierend hierzu sollte über Einführung eines Familiengeldes nachgedacht werden. Die Anerkennung der Familienarbeit, auch hinsichtlich der Rentenleistungen, muss erfolgen.

Zuletzt sollte von staatlicher Seite ein Stopp jeglicher Unterstützung für Gender Mainstream – Programme praktiziert werden.

Wirtschaft

Als Junge Union bekennen wir uns zur von der CDU/CSU durchgesetzten sozialen Marktwirtschaft als einzige Wirtschaftsform, die Deutschland nach vorne bringen kann. In der Nachfolge Ludwig Erhards erkennen wir, dass die soziale Marktwirtschaft die einzige Antwort auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist und dass weder Sozialismus noch Kapitalismus die richtigen Antworten darauf geben.

Das deutsche Wirtschaftssystem muss auf Freiheit und Selbstverantwortung basieren und sollte an den Leistungsträgern orientiert sein, nicht an Hartz IV Beziehern und Sozialfällen, da nur die Leistungsträger unserer Auffassung nach dafür sorgen, dass eine Gesellschaft weiter kommt. Der Wettbewerb muss Arbeitsplätze schaffen, Leistung belohnen aber auch Schwache schützen, weshalb für uns das Subsidiaritätsprinzip in einem von Werten des christlichen Abendlandes geprägten Wirtschaftssystem grundlegend sein muss. Als politische Vertretung der jungen Generation stehen wir ebenso für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die die Schöpfung Gottes bewahrt, denn Wohlstand und Umwelt müssen vereinbar sein.

Der Mittelstand ist der Motor unseres Wirtschaftssystems. In Zeiten der Wirtschaftskrise gilt es nicht nur die „Global Player“ zu unterstützen, sondern auch den einfachen mittelständischen Unternehmer, welcher mit eigenem Herzblut über Jahre hin für sich und seine Mitarbeiter gesund gewirtschaftet hat und abhängig von externen Einflüssen nun am Existenzrand steht. Der Mittelstand muss bei der CDU/CSU einen besonderen Stellenwert genießen, man muss ihn fordern und fördern, denn ohne Mittelstandsförderung wird Deutschland auf Dauer nicht international konkurrenzfähig sein. Deshalb sprechen wir uns auch gegen eine Reichen- und Erbschaftssteuer aus, da der ehrlich erworbene Verdienst in einer Leistung-

sträger-gesellschaft nicht bestraft werden sollte. Ebenso ist es für uns unvereinbar in einer freien und sozialen Marktwirtschaftsform einen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Jede Marktbranche hat unterschiedliche Bezahlungs- und Lohnniveaus und so darf der Staat, als Rahmensetzer der Wirtschaft, nicht direkt in die Bezahlungsformen eingreifen, denn mit einem gesetzlichen Mindestlohn ist ein freier, sozialer und sich selbst regulierender Markt nicht mehr gegeben.

Schwere Eingriffe in die freien Kräfte des Marktes sind auch vermeintlich gebotene Rettungsaktionen für große Konzerne, Stichwort Philipp Holzmann und Opel, welche allenfalls in der Presse gute Ergebnisse erzielten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns aber nicht nur die Symbiose von Wohlstand und Umwelt, sondern auch eine Generationengerechtigkeit in der Frage nach gesunden und schuldenfreien Haushalten. Wir sprechen uns für eine Schuldenbremse aus und für eine gesetzlich festgelegte Nullverschuldung. Auch die Gemeindeordnungen der Bundesländer müssen die Neuverschuldung und Kreditaufnahme bei Banken streng begrenzen und von der kommunalen Rechtsaufsicht kontrollieren lassen. Einer geplanten Insolvenzfähigkeit von Gemeinden ist eine klare Absage zu erteilen. Man darf heute nicht vom morgen leben und so muss Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau oberste Priorität beim wirtschaften des Staates haben, sonst werden künftige Generationen Zeit ihres Lebens mit den Schulden unserer Generation leben müssen und dies ist nicht generationengerecht!

Neben einer Investition in die Konjunktur und für niedrigere Arbeitslosigkeit in unserem Land, versprechen wir uns aber von der neuen Bundesregierung ebenso die Verabschiedung eines einfacheren und gerechteren Steuersystems. Hierbei sprechen wir uns für das Steuerkonzept von Friedrich Merz aus und fordern endlich eine Umsetzung dieser Konzeption!

Nation. Selbstbetrachtung eines Landes

Unsere Deutsche Nation ist nach den politischen Tiefpunkten und Wirren des 20. Jahrhunderts erstmalig seit 1990 demokratisch, wiedervereint und souverän. Das vereinigte Deutschland in Frieden und Freiheit, um den hohen Preis der erlittenen jahrzehntelangen Teilung und Verlust der deutschen Ostgebiete, ist heute endlich Realität. Die deutsche Nation als selbstbewusster Staat in einem vereinten Europa soll gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe sein. Was in der Realität und in der Anschauung unserer Nachbarländer bereits der Fall ist fehlt in den meisten Köpfen der deutschen Politik und breiten Teilen der Gesellschaft.

Lange vor der Staatswerdung zur politischen und vereinten deutschen Nation gab und entwickelte sich Deutschland als „Kulturnation“. Der Begriff der deutschen Nation ist deshalb weit mehr als nur die gemeinsame Staatsform der Bundesrepublik. Die Kulturnation verkörpert das historisch über Jahrhunderte gewachsene, kulturelle „Erbe“, den geistigen Reichtum Deutschlands. Sie gibt den subjektiven Blick, die Wertsphäre des Einzelnen wieder, gibt vor zu welcher Gemeinschaft er sich zählen kann. Die Kulturnation zeichnet sich im Besonderen durch gemeinsame Verhaltensweisen und prägende Elemente, wie Sprache, Geschichte, Literatur, Musik und Traditionen aus.

Ein solches Selbstverständnis ist für Deutschland als Nation und dem Begriff des deutschen Volkes wichtig und sollte deshalb auch wieder von erheblicher Bedeutung bei der politischen Entscheidungsfindung in der CDU sein, besonders in Zeiten von Globalisierung, Vereinheitlichung und Relativierung.

Das Christentum mit dem christlichen Bild des Menschen, ist ebenso wie die jüdisch abendländische Kultur, Vernunft und

Aufklärung als geistige europäische Errungenschaften ein essentieller Teil des Begriffes der deutschen Kulturnation. Ohne diese Gemeinsamkeiten wäre ein moderner deutscher Staat in der heutigen Form nicht möglich, welcher dem Menschen das größtmögliche Maß an persönlicher Freiheit gewährt und in welchem er seine volle Leitungsfähigkeit entfalten kann. Dieser Grundkonsens muss bei allem gesellschafts- oder staatspolitischen Handeln stets eingehalten werden. Im Einzelnen bedeutet dies für die Politik der CDU:

Das Christentum ist und bleibt ein prägendes Element der deutschen Gesellschaft, es ist bei der großen Mehrheit der Bevölkerung verankert und Maxime deren persönlichen Handelns. Es muss in allen hoheitlichen Maßnahmen, im öffentlichen Raum, Städtebild, und damit im Bewusstsein der Bevölkerung entsprechende Würdigung und Ausdruck finden. Andere Religionen, welche nicht dieser Tradition entsprechen, werden toleriert, sollten aber nicht explizit staatlich gefördert werden, da sie teilweise in schwerwiegendem Maß im Widerspruch zum deutschen Gesellschaftsmodell stehen. Auch die Anerkennung als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit allen Folgen und Privilegien soll und muss allein christlichen Kirchen und jüdischen Glaubensgemeinschaften vorbehalten bleiben.

Hieraus folgt eine konsequente Ablehnung muslimischer Elemente in der Öffentlichkeit. So darf kein staatlich unterstützter Bau von repräsentativen Großmoscheen, Minaretten oder Islamischen Zentren gegen den erkennbaren Willen der Mehrheitsbevölkerung erfolgen. Die Empfindungen der Bürger müssen von der Politik ernst genommen werden, bevor sie sich in undemokratischer Weise Ausdruck verleihen. Auch hier spielte die CDU im Falle der Bürgerbewegung „pro Köln“ unter Führung von Oberbürgermeister Schramma eine mehr als unglückliche Rolle und brandmarkte diese als undemokratisch und volksverhetzend.

Auch ein Kopftuchverbot in öffentlichen Ämtern und Einrichtungen, sowie ein Burkaverbot auf öffentlichen Straßen muss zumindest diskutiert und darf nicht zum Tabu erhoben werden. Als vorgeblich religiöse, in Wahrheit aber gesellschaftlich politische Symbole, stehen Kopftuch und Burka für die in Deutschland längst überwundene Unterdrückung und Entrechtung der Frau und sind deshalb mit den Grundwerten unserer westlich - aufgeklärten Gesellschaft nicht zu vereinen. Das unter Rot-Grün geänderte Staatsangehörigkeitsrecht sollte als Korrelat zur Zugehörigkeit zur Nation wieder geändert werden. Hierzu gehört auch die konsequente Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit auch bereits für Personen unter 18 Jahren.

Das Grundgesetz von 1949 ist mit seinem Grundrechtskatalog, Staatsprinzipien, Instituten und Institutionen und den darin Ausdruck gefundenen Wertvorstellungen unbänderliche Richtschnur und Garant für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Hierzu muss im Besonderen auf folgende Punkte geachtet werden: Die bewährte föderalistische Struktur des deutschen Bundesstaates, unter Berücksichtigung und Erhalt historisch gewachsener Länder, sowie die kommunale Selbstverwaltung, müssen erhalten und gefördert werden.

Die Freiheit als Leitgedanke der Gesellschaft muss Eigenverantwortung des Menschen und das Leistungsprinzip fördern. Dies ist als Gegensatz und Alternative zu gesellschaftlicher Gleichheit und staatlicher Bevormundung zu sehen. Hieran muss sich die Politik der CDU in allen politischen Bereichen wieder vermehrt orientieren.

Eine Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz ist mittlerweile leider nötig geworden und muss deshalb auch erfolgen. Es ist mittlerweile in Deutschland Alltag, dass große Teile der Bevölkerung auch ohne Deutsch ihr alltägliches, parallelgesellschaftliches Leben pflegen

können und wollen. Die Sprache jedoch ist der grundlegendste aller gemeinsamen Faktoren und Bindeglied aller landsmannschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen. Erst die Beherrschung der deutschen Sprache ermöglicht überhaupt die breite gesellschaftliche Teilhabe, eröffnet Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gleichermaßen. Deshalb sollten konsequenterweise auch keine Formulare und Behördendienste mehr in fremden Sprachen angeboten werden. Dies nährt nur den Selbstbetrug vermeintlich überwindener Sprachbarrieren. Auch sollten alle Kinder erst dann eingeschult werden, wenn die deutsche Sprache richtig beherrscht wird. Nur so kann eine Chancengleichheit überhaupt erst entstehen und Gerechtigkeit auch gegenüber nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen hergestellt werden.

Gleiches gilt auch für die Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit. Diese darf nur der letzte Schritt in einem langen Prozess darstellen.

Die schmerzliche Erfahrung von Weimar und die neuen, globalen Herausforderungen, wie politischer und religiöser Terrorismus machen einen starken Staat notwendig. Nur dieser kann Garant für die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger sein. Unsere Demokratie muss gegenüber Verfassungsfeinden wehrhaft auftreten und auch mit scharfen Mitteln gegen ihre Gegner vorgehen können. Hierbei sind jedoch die Prinzipien des Rechtsstaats und der Verhältnismäßigkeit stets einzuhalten.

Insbesondere ein konsequentes Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen, sowie ein entschiedenes Entgegentreten jeglicher Form von politischem Extremismus sind wichtig, gleich ob rechts- oder linksextremistisch. So muss etwa ein neuer Anlauf zu einem Verbot der klar verfassungsfeindlichen NPD unternommen werden. Eine Weiterbeobachtung der Partei „Die Linke“ durch das

Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern ist erforderlich, solange eine große Mehrheit der Parteimitglieder sich nicht vom SED-Unrecht und der Abschaffung des parlamentarischen Systems distanzieren.

Ein Punkt von erheblicher Bedeutung ist auch eine entschiedene Bekämpfung des politischen Islamismus. Hier ist bloße Beobachtung nicht ausreichend. Die Zerschlagung von radikal-islamischen Vereinen, Organisationen und Strukturen welche Terror und politische Probleme importieren und die Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischer Ordnung offen betreiben, ist genau so nötig, wie die Ausweisung deren maßgeblichen Funktionsträgern. Strafrechtliches Verbot von archaischen Traditionen die mit der Zuwanderung bei uns heimisch geworden sind, wie beispielsweise von weiblicher Bescheidung und Zwangsheirat. Der deutsche Staat darf sich das Gewaltmonopol nicht aus Gründen der politischen Korrektheit oder falsch verstandener Toleranz aus der Hand nehmen lassen.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss massiv gestärkt werden. Als Antwort auf Hedonismus und übersteigerten Egoismus als Folgen der so genannten „1968er Revolte“, müssen gesellschaftliche Gemeinsamkeiten aller Gruppierungen von der Politik der CDU wieder mehr betont werden.

Die Förderung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen und Parteien muss gezielt vor allem bei jungen Menschen erreicht werden. Der Blick auf das Gemeinwesen kann nur durch aktive Mitarbeit und eigene Erfahrungen gelingen.

Brauchtum und Dialekt müssen in der Schule mehr gepflegt und aktiv gefördert werden. Die Schaffung, auch einer regionalen, Identität als Gegenpol zur globalisierten Welt kann Rückhalt und Kraft für die kommenden Herausforderungen sein. Hier müsste auch der

öffentlich-rechtliche Rundfunk seiner originären Aufgabe, nämlich der Kulturpflege, wieder mehr Gewicht geben.

Die Wehrpflicht und damit auch der Zivildienst in der jetzigen Form sind ungerecht und sollten abgeschafft werden. Als Ersatz muss es ein „Dienstjahr“ für alle jungen Menschen, Männer wie Frauen geben, in welchem gesellschaftliche Teilhabe und Gemeinsinn praktiziert und gelernt werden können.

Nationale Symbolik sollte wieder ein unerlässlicher Teil des öffentlichen Lebens werden. Nach dem „schwarz-rot-goldenen“ Freudentaumel etwa bei der Fußballweltmeisterschaft wurde spätestens deutlich, dass sich der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung nach einem unverkrampften und gesteigerten Umgang mit nationaler Symbolik geradezu sehnt. Dieser wurde von der politischen Linken mit dem Ruf nach „nie wieder Deutschland“ auch in die Köpfe der CDU gehämmert. Die vergangenen Ereignisse haben gezeigt, dass mit den Nationalfarben und der Hymne auch ohne übersteigerten und aggressiven Nationalismus der Vergangenheit umgegangen werden kann, nämlich modern, weltoffen und damit wieder für jedermann selbstverständlich.

Es sollte eine stärkere Betonung der deutschen Nationalsymbole wie Flagge und Hymne auch im breiten öffentlichen Leben erfolgen. In Schulen, allen öffentlichen Gebäuden, den Medien, und bei Veranstaltungen müssen diese unverrückbar ihren festen Platz wiedererhalten. Erst wenn dies Realität geworden ist kann sich das Verhältnis von deutschem Volk zum eigenen Staat und eigener Identität wieder normalisieren und entkrampfen.

Das längst überfällige nationale Denkmal für die unblutig und glücklich erreichte Deutsche Einheit, sollte nach nun fast zwanzig Jahren endlich geschaffen werden. Im Öffentlichen Raum der Hauptstadt, wo Linke Liebkecht,

Luxemburg und anderen „Demokraten“ gedenken, muss an exponierter Stelle auch Platz für die friedliche deutsche Revolution sein. Hier muss die CDU entschieden, auch und gerade gegen Widerstände aus Teilen von Politik und Gesellschaft, Farbe bekennen.

In Zeiten des weltpolitischen Engagements in denen unsere Soldaten politisch gewollt und nicht zu vergessen parlamentarisch mandatiert unsere Freiheit am Hindukusch und anderswo verteidigen, muss die Arbeit der Bundeswehr entsprechend gewürdigt werden. Zusätzlich zum öffentlichen Gelöbnis vor dem Reichstag, wurde nun ein Denkmal für gefallene deutsche Soldaten der Bundeswehr eingerichtet. Dies ist die notwendige Kehrseite des weltweiten Engagements und den für unser Land gefallenen Soldaten und deren Angehörigen letztlich geschuldet.

Geschichte als Identifikations- und Begriffsteil der „Nation“ stellt auf die Gemeinsamkeit der Erinnerung und Erfahrung der Vergangenheit ab, auf der das Selbstverständnis und Handeln der Politik in der Gegenwart und Zukunft beruht. Leider wird diese doch reichhaltige Erfahrung in der öffentlichen Diskussion rein und ausschließlich auf die schrecklichen Ereignisse im nationalsozialistischen Deutschland reduziert.

Eine punktuelle Abkehr von der Selbstgeißelung mit den Verbrechen des Dritten Reiches, wie sie von der politischen Linken seit Jahren betrieben wird, muss stattfinden. Mahnung und Erinnerung an die schrecklichen Vorkommnisse der totalitären Diktatur in Deutschland muss weiterhin ein wichtiger Teil des deutschen Selbstverständnisses bleiben, darf und kann jedoch nicht als alleiniges Identifikationsmerkmal Deutschlands dienen und schon gar nicht als Moralkeule in sachfremder Diskussion missbraucht werden. Dies ist nicht als Herabwürdigung der geschehenen Leiden zu verstehen.

Eine Besinnung auf Geschichte und Tradition der deutschen Nation vor 1933 und nach 1945 muss vermehrt stattfinden. Die deutsche Nation kann sich auf weit mehr als sechzig Jahre Bundesrepublik und zwölf vor geschaltete Jahre der Diktatur berufen. Dieses gleichsam auf Null reduzierte Selbstverständnis ist eindeutig zu wenig. Stauffenberg, Holocaust und Wirtschaftswunder reichen als geschichtlicher und gesellschaftlicher „Kitt“ eindeutig nicht aus.

Die Erinnerung an Teilung, SED-Unrecht und DDR- Diktatur muss insbesondere bei jungen Menschen aktiv wach gehalten werden. Wie auch der Nationalsozialismus gesellschaftlich aufgearbeitet wurde, so muss dies auch mit dem Unrecht und den Verbrechen des Arbeiter- und Bauernstaates geschehen. Die Vermittlung des Wissens um das hohe Gut der persönlichen Freiheit in der Schule und Erziehung muss an diesem Beispiel geleistet werden.

Zum Verständnis der deutschen Geschichte gehört auch das Gedenken an Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten und die Anerkennung der Lebensleistung der Heimatvertriebenen. Deren Kultur und Geschichte ist Teil des deutschen Selbstverständnisses. Die CDU hat sich hier politisch abgewandt und muss mit Respekt und durch Interessenvertretung wieder auf diese gesellschaftliche Gruppe zugehen, welche sich selbst schon jahrzehntelang von Revisionismus und Rückwärtsgewandtheit verabschiedet hat. Deren Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn ist bereits lange erfolgt. Ein öffentliches Gedenken und Respekt vor dem erlittenen Unrecht haben die Heimatvertriebenen verdient, wenn nötig auch gegen Widerstände der politischen Linken oder aus dem Ausland.

Deutschland ist kein Einwanderungsland im klassischen Sinne. Die vermeintliche Einwanderungstradition, hingewiesen sei auf Hugenotten im 18. Jahrhundert, Polen im Ruhrgebiet in der vorangegangenen

Jahrhundertwende, welche von Befürwortern immer herangezogen wird, hat mit der gesellschaftlichen Realität nichts zu tun. Deutschland hat keine Einwanderungstradition vor der Anwerbung von Gastarbeitern oder den unkontrollierten Flüchtlingsströmen im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts gehabt. Eine weitere Zuwanderung, besonders von Muslimen und nicht EU-Ausländern muss begrenzt und wenn möglich gestoppt werden. Nur so sind ein weiteres Auseinanderdriften der deutschen Gesellschaft und eine erfolgreiche Eingliederung der vorhandenen nichtdeutschen Bevölkerung überhaupt noch möglich. Dies ist die Politik sowohl den deutschen, als auch den bereits bei uns lebenden Menschen schuldig.

Die Bewahrung deutscher Kultur, Werte und Traditionen ist nur möglich, wenn eine breite deutsche Mehrheitsgesellschaft als Basis verbleibt, welche eine Integrationsleistung überhaupt bewältigen kann. Der soziale Frieden im Land kann ansonsten zukünftig nicht mehr gesichert werden. Es wird unsererseits eine klare Absage an Begriffe wie „Einwanderungsland“ oder „Integrationsland“ erteilt, da auch von der CDU nicht klar gestellt wird, was sich hinter diesen Begriffen verbirgt.

Das starre Halten der Bevölkerungszahl Deutschlands ist nicht zwingende Voraussetzung für den Erhalt des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Sozialsysteme. Um den Preis unübersehbarer und unkontrollierter Zuwanderung und dem damit zwangsläufig verbundenen und drohenden gesellschaftlichen Infarkt, sollten die 82 Millionen Einwohner kein Dogma sein.

Eine Eingliederung der nicht-deutschen Bevölkerung, der Deutschen mit so genanntem „Migrationshintergrund“, ist die zentrale gesellschaftliche und politische Herausforderung der kommenden Jahre. Wer sich an die gesellschaftlichen Regeln und Normen hält, der soll seinen Platz in der Gesellschaft haben!

Dies bedeutet für den Einzelnen jedoch weit mehr als zu Arbeiten und gewaltfrei und entkriminalisiert zu leben. Vielmehr ist es die aktive gesellschaftliche Teilhabe an bestehenden Werten und Angeboten, nicht die brutale oder schleichende Veränderung des Bestehenden oder strikte Beibehaltung eigener Anschauungen, die von der Politik gefordert werden muss. Eingliederung kann nur durch eine Orientierung an den gesellschaftlichen Normen der Mehrheitsbevölkerung stattfinden. Daran muss die CDU festhalten.

Der Begriff einer deutschen Leitkultur oder auch die gesellschaftlichen Normen der deutschen Mehrheitsgesellschaft müssen wieder diskutiert und entstigmatisiert werden. Der Ansatz, welchen auch die CDU, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, geht, ist daher genau der Falsche, denn nicht nur für Minderheiten wird Politik gemacht. Einen Bruch mit eigenen Traditionen aus vermeintlicher Rücksicht auf Minderheiten wird eine klare Absage erteilt. Weiteres Entgegenkommen und Zurückweichen, wie Ausnahmen beim Schulbesuch, Beten in der Schule, Vollverschleierung in öffentlichen Bädern, Verzicht auf Bräuche wie Weihnachten und Karneval in Schule und Kindergärten darf es nicht geben. Parallel zu den Angeboten der deutschen Seite sind die einzelnen Menschen aber auch zu fordern, da der Prozess nicht wie bisher weitgehend einseitig erfolgen kann. Sprachtests und verbindlicher Einbürgerungstest nach baden-1052 württembergischem Muster sind ein erster wichtiger Schritt und sollte noch ausgebaut und verbessert werden. Nur so haben alle Willigen überhaupt noch die Chance, die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft zu schaffen.

Deutschland in Europa und der Welt

Das souveräne Deutschland als ein maßgeblicher Bestandteil des vereinigten Europas ist weltpolitisch als Mittelmacht auf Augenhöhe mit Staaten wie Japan, Kanada oder Brasilien zu sehen. Als bevölkerungsstärkster Mitgliedsstaat der EU und als größte Volkswirtschaft sieht sich Deutschland als Motor Europas. In diesem Sinne muss Deutschland sowohl Rechte als auch Pflichten daraus ableiten und verantwortungsbewusst wahrnehmen. Dieser Umstand stellt ein klares Bekenntnis zu den in der Vergangenheit eingegangenen Bündnisverpflichtungen, sei es UNO, NATO und selbstverständlich der EU und den jeweiligen Unterorganisationen dar. Dies bedeutet den eingeforderten Beitrag zu erbringen um Verantwortung wahrzunehmen, sei es finanzieller Natur, in Form von humanitären Einsätzen oder auch durch militärische Intervention. In diesem Zusammenhang muss Deutschland weiterhin seinem Prinzip der kombinierten Auslandseinsätze mit Militär und humanitären Wiederaufbau- und Entwicklungshilfekräften treu bleiben.

Sicherheitspolitisch muss sich Deutschland klar zur NATO und der transatlantischen Partnerschaft bekennen. Gleichsam sollte es aktiv bei der Umgestaltung und Anpassung der globalen Sicherheitsordnung innerhalb der Vereinten Nationen mitarbeiten, um auch zukünftig innerhalb Europas und in der Welt gegenüber geänderten Machtkonstellationen und neuen Gefahren, wie Terror oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, bestehen zu können. Im Detail ist nach dem kalten Krieg die Bedrohungslage eine andere geworden. Zwar sind aus ehemaligen Feinden Freunde geworden, was aber mit Nichten eine klare Bündniszugehörigkeit überflüssig macht. Die Nato ist daher als Kernbestandteil unserer Sicherheitsarchitektur zu sehen, da sie heute global vor

allem für die Verteidigung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Werte und Errungenschaften gegenüber totalitären Regimen, religiös-fundamentalistischen Terroristen und aggressiv hegemonial auftretenden Staaten eintritt.

Die Mitgliedschaft Deutschlands, als eines der Gründungsmitglieder, in der Europäischen Union hat sich in der vergangenen Jahrzehnten als Garant für wirtschaftlichen Erfolg, Sicherheit und Frieden mit den Nachbarstaaten erwiesen. Der bestrittene Weg der europäischen Einigung in Form von gemeinsamen politischen Institutionen, der Gemeinschaftswährung „Euro“ und verschiedener sinnvoller gemeinsamer Gesetze ist unumkehrbar und eine wahr gewordene Vision langjähriger CDU-Politik. Die EU darf jedoch langfristig kein Ersatz für den deutschen Nationalstaat werden, indem existenzielle Hoheitsrechte nach Brüssel oder Straßburg verlagert werden. Vielmehr muss der Fokus zukünftiger gemeinsamer europäischer Politik auf die Stärkung der inneren Einheit und der politischen Institutionen, sowie die behutsame Angleichung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse in den Mitgliedstaaten gerichtet sein. Dies bedeutet eine klare Absage an Vorstellungen an ein „Kerneuropa“ oder ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Vielmehr soll ein Europa der Vaterländer mit gleichberechtigten, starken, aber individuell ausgeprägten Regionen entstehen. Ziel sollte des Weiteren sein, dass Bevölkerung und Wirtschaft über einheitliche Rahmenbedingungen für Wohlstand und Wachstum verfügen, aber nicht am Gängelband zentralistischer Bürokratie hängen. In diesem Sinne müssen begonnene Reformen fortgeführt werden und die Handlungsfähigkeit der EU wiederhergestellt werden, ohne jedoch angesichts der gewachsenen Zahl der Mitgliedsstaaten das Gewicht der großen Mitgliedsstaaten wie Deutschland weiter zu reduzieren. Im Detail muss Deutsch

auch als eine Amtssprache in der EU dauerhaft bewahrt und gestärkt werden, da es die Muttersprache der meisten EU Bürger ist. Im Hinblick auf die Zukunft der EU ist einer kurzfristigen weiteren unkontrollierten und übereilten Erweiterung auf dem Balkan und in Osteuropa eine Absage zu erteilen. Vielmehr muss jetzt der Fokus auf der Schließung bestehender „Lücken“ auf der Landkarte und bei der Verbreitung des Euro liegen. Grundlage mittel- und langfristiger Erweiterungsbestrebungen muss die Tatsache sein, dass die EU eine historisch-kulturell gewachsene Gemeinschaft ist die über endgültige Außengrenzen verfügt. Deshalb ist den Beitrittsbestrebungen der Türkei eine Absage zu erteilen. Ein weiteres Hinhalten oder eine unendliche Beitrittsverhandlungen mit der Türkei darf es schon aus Gründen der Fairness nicht geben. Darüber hinaus soll es auch keine Ausnahmen für Einzelstaaten, wie etwa die einer privilegierten Partnerschaft, geben, vielmehr sollte ein einheitlicher Status verstärkter Kooperation und des engen Dialogs mit den Staaten der ehemaligen UdSSR und Russlands, den Mittelmeerstaaten und Israel, sowie auch der Türkei und der Europäischen Union geben.

"Eislinger Erklärung" der Jungen Union
Göppingen

<http://www.ju-gp.de>